

Politische Herausforderungen – Antworten der Stahlindustrie

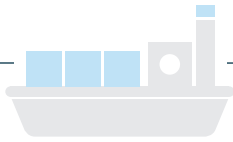


Stahl trägt Deutschlands starke Wirtschaft

Der Werkstoff und seine Industrie sind ein wesentliches Fundament der Produktionsnetzwerke in unserem Land und die Basis für den weltweiten Erfolg von Produkten Made in Germany. Mit Stahl lässt sich unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft gestalten – von der Digitalisierung über die Elektromobilität bis hin zur Energiewende.

Die neue Bundesregierung steht vor der wichtigen Aufgabe, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft sichern. Die Grundlage unserer starken Wirtschaft ist ein leistungsfähiger Industriestandort. Einen entscheidenden Beitrag dazu leistet die Stahlindustrie, von der vier Millionen Arbeitsplätze in stahlintensiven Branchen abhängen.

Deshalb braucht Deutschland eine starke Wirtschaftspolitik, die die nationalen und internationalen Herausforderungen für die Industrie in den Blick nimmt. Die im Folgenden zusammengefassten Positionen der Stahlindustrie sollen industriepolitische Orientierung in der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags geben.



Außenhandel: Frei und fair gestalten

Der Weltstahlmarkt ist durch Überkapazitäten in einer Größenordnung von mehreren hundert Millionen Tonnen belastet. Unfaire Handelspraktiken wie Dumping breiten sich auf den internationalen Stahlmärkten aus. Darüber hinaus verzerren Subventionen und andere Formen politischer Unterstützungsmaßnahmen den Wettbewerb und sorgen dafür, dass marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse teilweise außer Kraft gesetzt werden. Dadurch geraten auch wettbewerbsstarke Stahlstandorte in Europa in Gefahr, da der Zugang zum EU-Markt durch keinerlei Zölle oder sonstige Handelshemmnisse beschränkt ist. Die Stahlindustrie in der EU ist dadurch mit einer erheblichen Zunahme von Importen konfrontiert, die häufig auch mit unfairen Handelsstrategien verbunden sind.

Erwartung an die Politik:

- › Multilaterale Prozesse und insbesondere die Arbeit im Globalen Stahl-Kapazitätsforum der G20 unterstützen
- › EU-Handelsschutzinstrumente konsequent anwenden, weiter anpassen und wenn nötig verbessern
- › Globale Protektionismustendenzen bei Rohstoffen und Stahl konsequent bekämpfen

- › Dem verschärften Wettbewerb auf den internationalen Stahlmärkten bei der Gestaltung der nationalen Rahmenbedingungen Rechnung tragen

Energie und Klima: Wettbewerbsfähigkeit im Blick behalten

Die Energiewende und die Umsetzung der langfristigen Klimaziele sind mit erheblichen technischen und wirtschaftlichen Herausforderungen verbunden. Eine leistungsfähige und innovative Stahlindustrie trägt dabei entscheidend zum Gelingen bei. Innovative Stähle und ihre Anwendungen sparen durchschnittlich das 6-fache an CO₂-Emissionen ein, die bei ihrer Produktion entstehen. Die Energie- und Klimapolitik muss jedoch so gestaltet werden, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Stahlstandortes erhalten bleibt. Denn trotz des Pariser Klimaabkommens sind in diesem Bereich für die Stahlindustrie weltweit gleiche Rahmenbedingungen in weiter Ferne.

Erwartung an die Politik:

- › Die Energiewende kosteneffizient ausgestalten
- › Die bestehenden Belastungsbegrenzungen für energieintensive Unternehmen



zum Erhalt der industriellen Wettbewerbsfähigkeit fortführen

- › Die ökologisch sinnvolle Verwertung von Restgasen und Restenergien zur Stromerzeugung von energie- und klimapolitischen Zusatzkosten freistellen
- › Die Kompensation emissionshandelsbedingter Strompreissteigerungen fortsetzen
- › Die Netzentgelte für Strom unter dem Gesichtspunkt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit betrachten

Umwelt und Nachhaltigkeit: Problemlösungen im Dialog mit der Industrie entwickeln



Ohne industrielle Innovationen und Produkte kann eine nachhaltige Wirtschaft nicht funktionieren. Die Stahlindustrie leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Als Konstruktionswerkstoff ist Stahl Enabler für Umweltschutz und Ressourceneffizienz sowie Wegbereiter für Circular Economy. Als „Permanent Material“ mit hervorragenden Recyclingeigenschaften ist der Werkstoff Stahl zudem ein Paradebeispiel für Kreislaufwirtschaft.

Folgt die Politik den Prinzipien der Nachhaltigkeit, muss sie allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit, Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft, Rechnung tragen. Dies geht

nur mit einer integrativen, ganzheitlichen Betrachtungsweise, denn die ausschließliche Bewertung von einzelnen Aspekten, wie CO₂-Emissionen oder Arbeitsplätzen, ist in der Gesamtsicht kontraproduktiv.

Erwartung an die Politik:

- › Die Recyclingvorteile des Werkstoffs Stahl anerkennen und in Ökobilanzen berücksichtigen
- › Die nachhaltige Nutzung von Nebenprodukten der Stahlindustrie durch entsprechende politische Rahmenseetzungen fördern
- › Europäisches Recht eins-zu-eins national umsetzen

Digitalisierung: Vernetzung ermöglichen

Die Digitalisierung umfasst nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Bereits heute engagiert sich die Stahlindustrie mit innovativen Ideen und kundenorientierten Lösungen. In einigen Bereichen hat sie sogar Vorbildcharakter. Damit das so bleibt, muss die Politik auch die Anforderungen der Industrie im Ausbau der digitalen Netze berücksichtigen.

Erwartung an die Politik:

- › Flächendeckende Gigabit-Versorgung bis 2025 im industriefähigen Mobilfunk-



- standard 5G gewährleisten
- › Sicherheitstechnologien fördern
- › Faire Rahmenbedingungen zwischen Realwirtschaft und Plattformökonomie schaffen

Forschung und Innovation: Perspektiven erweitern

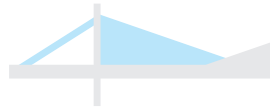


Bei den heute gängigen Verfahren der Stahlproduktion sind die technischen Grenzen für eine weitere Minderung des CO₂-Ausstoßes erreicht. Daher forscht die Stahlindustrie in Deutschland an neuen Verfahren und Technologien. Das Ergebnis ist aber noch offen. Klar ist jedoch, dass eine großtechnische Umsetzung erhebliche Investitionen bedeuten würde. Ein derart tiefgreifender Umbruch kann nicht allein von den Unternehmen finanziert werden.

Erwartung an die Politik:

- › Forschung, Entwicklung und Umsetzung im industriellen Maßstab mit Blick auf langfristig CO₂-arme Produktionsverfahren umfassend fördern
- › Die Forschungsförderung für alle Unternehmensgrößen und -formen ausbauen
- › Neben der Grundlagenforschung die anwendungsnahe Forschung fördern

Infrastruktur: Notwendige Investitionen nicht länger zurückstellen



Die Stahlindustrie setzt vor allem auf den nachhaltigen Transport mit Bahn und Binnenschiff. Beide Verkehrsträger müssen gezielt gestärkt werden, wenn sie ihrer verkehrs- und umweltpolitisch zugeordneten Rolle gerecht werden sollen. Zudem ist für Wirtschaft und Gesellschaft eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur gleichermaßen unverzichtbar. Daher müssen die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur steigen.

Erwartung an die Politik:

- › Investitionen in Verkehrsinfrastruktur auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene nach Bedarf tätigen
- › Energiepolitische Belastungen für CO₂-arme Verkehrsträger (Bahn und Binnenschiff) reduzieren
- › Trassenpreise und Schifffahrtsabgaben absenken
- › Planungsrecht vereinfachen und beschleunigen

Herausgeber

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Kontakt

Klaus Schmidtke
Leiter Kommunikation
Tel.: +49 211 6707-115
E-Mail: klaus.schmidtke@wvstahl.de

Weitere Informationen zur Stahl-
industrie finden Sie online:

www.stahl-online.de

www.stahl-blog.de

facebook.com/StahlOnline

twitter.com/stahl_online

